



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Aus Brüssel.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

so scheint es uns im Allgemeinen eine ähnliche Tendenz zu verfolgen, wie das eben besprochene, aber wir müssen offen gestehen, daß uns die Form desselben zu unklar gewesen ist, als daß wir ganz sicher darüber sein könnten.

N u s B r ü s s e l.

In der Nummer vom 6. Mai brachten die Grenzboten einen Aufsatz, in welchem die enge Verbindung der verschiedenen Fractionen der parlamentarischen Opposition Preußens dringend anempfohlen wurde, als einziges Mittel, ihre Bestrebungen in Wirksamkeit zu setzen.

Zweck dieser Zeilen ist, zu untersuchen, ob es nicht im Interesse der constitutionellen Partei wäre, auch nach einer andern Seite hin sich Verbündete zu verschaffen. Eine Kammer wird nur in dem Falle zu Macht und Ansehen kommen, wenn sie der wahre Ausdruck der Majorität des Landes ist, und sich deren Unterstützung bei etwaigem Conflict bewußt ist. Ohne diese Grundlage bleibt einer gesetzgebenden Versammlung nur die Alternative, ein Werkzeug der Regierung zu werden, oder bei einigem Widerstand ebenso zu enden, wie unlängst die Nationalversammlung in Paris. Leider entbehrt die jetzige zweite Kammer in großem Maße die Sympathien des größten Theiles der Nation. Es ist hier nicht am Plage, zu untersuchen, wodurch dieses Mißverhältniß entstanden, sehen wir vielmehr, wie dem Uebel abzuhelpen.

Die Gothaer gestehen selbst ein, daß die Stärke ihrer Partei weniger in der Anzahl ihrer Anhänger, als in dem Zusammenwirken so vieler hervorragender Männer besteht. Nur gebildete Leute werden sich zur constitutionellen Partei hingezogen fühlen, der große Haufen wird ihrer Politik immer fremd bleiben.

Das Bestreben der Partei muß daher energisch darauf gerichtet sein, sich mit einer Partei zu verbinden, in welcher die Verhältnisse umgekehrt sind, d. h. deren Hauptstärke, neben bedeutendern Anführern, in der Menge ihrer Anhänger beruht. Die Bethmann-Hollweg'sche Fraction kann sich dieser Eigenschaft nicht rühmen; die liberalen Katholiken haben zwar in einzelnen Gegenden zahlreiche Anhänger, sie verfolgen aber so einseitige Tendenzen, daß sie in den protestantischen Provinzen destomehr Antipathien erwecken. Blieben also noch die „gemäßigten Demokraten“, oder wie sie sich früher nannten: „die Demokratisch-Constitutionellen.“

Schon mehrmals hat die „Köln. Zeit.“ darauf hingewiesen, wie erwünscht für ihre Partei eine Vereinigung mit der gemäßigten Demokratie wäre, ohne daß dieser Wunsch bisher in Erfüllung gegangen. Jetzt, wo die alten Partei-

leidenschaften mehr und mehr erkaltet sind, und wo ein mächtiger Gegner zur Eintracht mahnt, möchte es wol noch einmal angemessen sein, dieser Vereinigung zweier — in der Praxis so verwandten, nur in einzelnen Theorien auseinandergehenden — Parteien das Wort zu reden. Die vollständige Passivität, welche die Partei Unruh seit 1849 beobachtet hat, ist allerdings ein Hinderniß zur Verständigung, doch kein unüberwindliches.

Die gemäßigte Demokratie wurde zu jenem Schritte förmlich gedrängt, als bei der großen Demokratenhege im Frühjahr 1849 kein Unterschied zwischen Gemäßigten und Radicalen gemacht wurde, und Jeder proscribirt war, der den Namen Demokrat trug. Da blieb selbst Männern, denen die fortdauernde öffentliche Wirksamkeit gewiß erwünscht gewesen, nichts Anderes übrig, als von der politischen Bühne abzutreten und eine abwartende Stellung einzunehmen. Daß diese aus den Verhältnissen entsprungene Haltung sich allmählig zum Princip ausbildete, lag in der Natur der Sache. Es ist jedoch nicht zu bezweifeln, daß viele Männer dieser Partei von dem Princip der Passivität zurückgekommen sind und gern eine ihren Talenten und Kenntnissen angemessene Stellung im öffentlichen Leben wieder einnehmen möchte. Es fehlt nur noch an einer passenden Gelegenheit zu diesem Schritte. Eine Verbindung mit den Constitutionellen wäre die natürlichste Veranlassung dazu.

Einige hervorragende Abgeordnete, welche schon 1849 eine vermittelnde Stellung zwischen der Partei Gotha und der Partei Unruh einnahmen, gehören noch jetzt zur Kammer. Heute wären sie wiederum die natürlichen Vermittler, welche auf beiden Seiten Achtung genießen, und denen es nicht schwer fallen dürfte, einzelne bedeutende Demokraten zu sich hinüber zu ziehen. Bald würden ihrer mehr nachfolgen, denn auch in demokratischen Kreisen hat man eingesehen, daß schwache Kammern besser sind als gar keine. Die letzten Beschlüsse haben es noch mehr bestätigt. Sie haben gezeigt, daß es selbst für die Allmacht der Regierung eine Grenze giebt. Noch enger möchte dieselbe gezogen werden, wenn die constitutionellen Demokraten mit dem Gewicht ihres Ansehens zur Opposition hinzutreten. Denn nichts ist unrichtiger als die Meinung, daß diese Partei gegenwärtig ihre frühere Macht eingebüßt. Noch vor vier Jahren war die Partei im nördlichen Deutschland allmächtig, woher dieser plötzliche Umschwung? Macaulay*) erklärt es mit Recht für ein Vorurtheil, der großen Masse des Volks im Vergleich zu den gebildeten Klassen eine größere Unbeständigkeit zuzuschreiben.

Schon die bedeutende Anzahl Abonnenten der Nationalzeitung spricht für meine Behauptung. Auch die Gemeindewahlen, welche trotz der ausgebreitetsten Polizeiherrschaft an vielen Orten im Sinne der Partei ausgefallen sind, beweisen dafür.

*) Hist. of England. Cap. V.

Noch bleiben zwei Punkte zu erwähnen. Im nordwestlichen Deutschland ist die Gothaische Partei am schwächsten, die gemäßigte Demokratie sehr stark vertreten. Die Unterstützung der kernigen ausdauernden Niedersachsen, den kräftigsten der deutschen Stämme, wäre wahrlich nicht zu verachten.

Endlich, und das ist die Hauptsache, würde durch die Verbindung einer Gefahr vorgebeugt, die uns in nicht zu ferner Zukunft droht, wenn die revolutionären Ideen wiederum die Oberhand gewinnen sollten.

Die gemäßigte Demokratie allein kann sich in solchen Zeiten nicht halten. Suchen die Constitutionellen nicht sich ihr zu nähern, so bleibt ihnen nichts übrig, als sich den Rothen in die Arme zu werfen. Die Gemäßigten würden von den Umsturz Männern bald mit fortgerissen werden und endlich ganz in der socialistischen Fluth untergehen, welche dann ungehindert über Deutschland hereinbrechen würde.

Diesem Dilemma zu entgehen, mögen daher die beteiligten Fractionen nicht säumen, sich zu einem Compromiß zu verständigen, welches — die unbedeutendere Frage bei Seite lassend — nur die großen gemeinschaftlichen Pläne und Ideen vereinbaren müßte. Diese Allianz wäre eine Garantie für eine dereinstige vollkommenere Gestaltung des Vaterlandes; als Saat, aus welcher bald der Freiheitsbaum des einigen Deutschlands entsproßen würde.

Wir sind es uns zwar nicht unbewußt, wie geringe Beachtung der Stimme des Vermittlers geschenkt wird, ja wie oft seiner Person schlimme Absichten untergeschoben werden.

Bei der eigenthümlichen, kritischen Lage Deutschlands, bei der großen Mäßigung und Intelligenz, die in den liberalen Fractionen herrscht, hoffen wir jedoch, daß wir die Beistimmung vieler Patrioten erlangen werden.

Unser Zweck war einzig und allein, unseren Landsleuten jenen Wahlspruch wieder in Erinnerung zu bringen, an den uns unsere frühere Geschichte fortwährend mahnt, und mit welchem unser Nachbarstaat Belgien vor zwei Jahrzehenden Freiheit und Unabhängigkeit errang: *L'union fait la force!**)

*) (Anm. der Red.) Wir geben dieser Ansicht, die uns von befreundeter Seite zukommt, gern Raum, müssen aber offen gestehen, daß wir nicht wissen, wie von unserer Seite, d. h. von Seite der constitutionellen Partei, darin etwas geschehen soll; denn wir wissen weder, wo die „gemäßigte Demokratie“ zu finden ist, noch was sie gegenwärtig für Grundsätze hat. Daß zwischen vernünftigen und patriotischen Männern, welcher Richtung sie auch früher angehört haben, eine Verständigung noch immer möglich wäre, davon sind wir freilich überzeugt.